



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 M. Postzeitungsnummer 298. Insertionsgebühr für die Beitzelle 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redakteur: A. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 20

Charlottenburg, den 15. Mai 1908

30. Jahrg.

Porzellan- etc. Arbeiter und Arbeiterinnen, denkt an die im Kampfe stehenden Kollegen und Kolleginnen, entnehmt von den Zahlstellenkassirern Streikmarken!

Die Stellung der Gewerkschaften zur sozialpolitischen Gesetzgebung*).

Von Carl Legien = Berlin.

Die Meinung, daß mit dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, insbesondere durch den Ausbau der staatlichen Arbeiterversicherung, den Gewerkschaften das Tätigkeitsgebiet eingeengt werde, ist eine durchaus richtige und durch die Thatsachen längst widerlegt. Man kann im Gegentheil sagen, daß die Gewerkschaften ein wesentliches Interesse an der Entwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung haben und daß ihnen durch diese, wie auch durch die Arbeiterversicherungs-gesetzgebung neue Tätigkeitsgebiete eröffnet werden. Die Arbeiterschutzgesetzgebung trägt dazu bei, den Bestand dessen, was die Gewerkschaften den Unternehmern abgerungen haben, zu sichern, während die Arbeiterversicherung den Gewerkschaften die Pflicht auferlegt, an den Wahlen für die Vertretung der Arbeiter in den verschiedenen Versicherungszweigen sich zu beteiligen und durch diese Vertretung in der Praxis den Nachweis der Mangelhaftigkeit dieser Gesetze zu liefern.

Die letzten zwei Jahre haben auf dem Gebiet der Sozialpolitik nur eine geringe Ausbeute gebracht. Selbst wenn man von den dem Reichstag vorgelegten und größtenteils erledigten Gesetzen noch die als zur sozialen Gesetzgebung gehörend rechnet, welche nicht unmittelbar auf die Lage der Arbeiter im allgemeinen oder die bestimmter Berufe einwirken, ist das Ergebnis überaus dürftig. Als solche Gesetze würden zu gelten haben: das Gewerbegerichtsgesetz, das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen, das Gesetz über die kaufmännischen Schiedsgerichte. Das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen hat nur insofern für die Gewerkschaften eine Bedeutung, als durch dasselbe ein Rechtszustand gesetzlich fest-

gelegt ist, der durch Entschiede des preussischen Kammergerichts und Obergerichtes schon seit Ende der achtziger Jahre gegeben war, den aber einzelne Behörden immer wieder zu durchbrechen versucht haben. Der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf brachte den Gewerkschaften neue Gefahren, weil es nach dem Wortlaut des Entwurfes möglich war, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewährenden Gewerkschaften dem Gesetz und damit der Staatskontrolle u. s. w. zu unterstellen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wies auf diese Gefahr hin und provozierte die Regierung zu der Erklärung, daß das Gesetz auf die Gewerkschaften keine Anwendung finden solle. Es gelang dann auch, eine Bestimmung einzufügen, nach welcher Vereine, die ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren, dem Gesetz nicht unterstellt sind. Damit dürften die Gewerkschaften für die Zukunft vor Belästigungen bewahrt sein, welche ihnen viel Arbeit machen und erhebliche Geldopfer auferlegen.

Das Gewerbegerichtsgesetz, wie auch das Gesetz über die kaufmännischen Schiedsgerichte befriedigen die Arbeiter keineswegs. Ganz im Sinne der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter versuchte die sozialdemokratische Fraktion bei dem ersteren Gesetz einige den Forderungen der Arbeiter entsprechende Bestimmungen hinein zu bringen. So beantragte sie, daß in allen Orten mit 15 000 Einwohnern oder mit 3000 gewerblichen Arbeitern die Errichtung von Gewerbegerichten obligatorisch gemacht werden solle. Ferner verlangte sie die Ausdehnung des Gesetzes auf die in Gärtnereien, in der Land- und Forstwirtschaft im Handel und Verkehr und im Gesindedienst Beschäftigten, die Herabsetzung der Wahlrechtsgrenze auf das 21. Jahr, die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechtes an die Arbeiterinnen und die obligatorische Verhältniswahl im Gegensatz zu der Festsetzung derselben durch Gesetz.

Alle diese Anträge wurden abgelehnt. Es steht zu erwarten, daß Ähnliches auch bei dem Gesetz über die kaufmännischen Schiedsgerichte, das den Reichstag noch beschäftigen wird, geschieht.

Von allgemeiner Bedeutung sind dann ferner die erst in den letzten Monaten vorgelegten Gesetzentwürfe über die Krankenversicherung, den Kinderschutz und die Verwendung von weißem und gelbem Phosphor bei der Fabrikation von Zündwaren. Das erste Gesetz ist nur ein Flickwerk, während es dringend geboten ist und von der Arbeiterschaft gefordert wird, eine grundlegende Änderung des Krankenversicherungswesens durchzuführen. Eine solche Änderung, die eine Vereinfachung und Vereinhlichung der Krankenversicherung bringen muß, würde für die Gewerkschaften bedeutungsvoll sein, weil sie zum Ausbau dieses Unterstützungszweiges in den Gewerkschaften und damit zu deren Befestigung beitragen würde. Auch bei dieser Gesetzesnovelle bemühte sich die sozialdemokratische Fraktion vergeblich, den Wünschen der Arbeiter entsprechende Verbesserungen einzufügen. Das Wenige, was das neue Gesetz bietet, wird aufgehoben durch die Beschlüsse der Kommission, welche die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz beraten hat, die eine Beschränkung der Selbstverwaltung herbeiführen. Auch das Gesetz über den Kinderschutz ist durchaus nicht ausreichend, weil es die Ausbeutung der Kinder in häuslichen Diensten und in der Landwirtschaft nicht beseitigt. Wie bei den anderen Gesetzentwürfen wurde den Wünschen der Arbeitervertreter nicht Rechnung getragen. Ein ausreichender Kinderschutz ist aber für die Gewerkschaften von größter Bedeutung, weil er nicht nur die Widerstandskraft der Arbeiterklasse erhöht, sondern auch auf die Lohnverhältnisse der Arbeiter günstig einzuwirken geeignet ist.

Erwähnen wir dann noch die für die seemannische Bevölkerung so überaus wichtige Abänderung der Seemannsordnung, so ist

*) Aus „Sozialistische Monatshefte“.

die sozialpolitische Gesetzesmacherei der letzten zwei Jahre erschöpft. Die Seeleute hatten mit Rücksicht darauf, daß die bisherige Seemannsordnung 30 Jahre lang unverändert bestand, ein Unrecht darauf, daß das Gesetz den modernen Auffassungen über den Arbeitsvertrag entsprechend gestaltet würde. Die Hoffnungen und Erwartungen wurden trotz der Bemühungen der sozialdemokratischen Fraktion nicht erfüllt, und diese war genöthigt, trotz einiger Verbesserungen, welche das neue Gesetz brachte, doch gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Sie handelte hier im vollen Einverständnis mit der gewerkschaftlichen Organisation der Seeleute, welche umfangreiches Material zur Begründung der von den Arbeitervertretern gestellten Forderungen dem Reichstag unterbreitete. Es ist nothwendig, zu erwähnen, daß seit mehr als einem Jahrzehnt die sozialdemokratische Fraktion, angeregt und unterstützt von der Organisation der Seeleute, eine Aenderung der Seemannsordnung herbeizuführen bestrebt war. Schon 1890 brachte sie einen diesbezüglichen Gesetzesentwurf bei dem Reichstag ein, und dieselbe Vorlage wurde, entsprechend verbessert und ausgestaltet, dem Reichstag 1893 und 1895 wiederum vorgelegt. Reichstag und Regierung waren demnach über die berechtigten Wünsche der Seeleute ausreichend unterrichtet; trotzdem gelangte das Gesetz in einer Form zur Verabschiedung, die nicht einmal annähernd diesen Wünschen Rechnung trug. Die Vorhaltung des unbeschränkten Koalitionsrechtes, die drakonischen Strafbestimmungen für Seeleute, welche sich wiederholten Ungehorsams schuldig machen, werden durch die geringen Verbesserungen der bisherigen Gesetzesbestimmungen nicht aufgewogen. Etwas günstiger für die Arbeiter sind die Nebengesetze zur Seemannsordnung, betreffend die Stellenvermittlung der Seeleute, den Bergelohn und die Mitnahme heimzuschaffender Seeleute durch andere Schiffe. Auch einige Aenderungen des Seeunfallversicherungsgesetzes und die dadurch bedingte Aenderung des Statuts der Seeberufsgenossenschaft brachten den Arbeitern einige Vortheile, wenn auch hier keineswegs die berechtigten Forderungen der organisirten Seeleute ausreichend berücksichtigt worden sind.

Abstinenz, Arbeiter und Alkohol.

Ich kenne die Waise, ich kenne den Teufel
Ich kenne auch den Verfasser;
Ich weiß, sie tranken heimlich Wein
Und predigten öffentlich Wasser."
Heinrich Heine.

Vergangene Ostern tagte in Bremen der neunte internationale Kongreß der Alkoholgegner. Wenn auch dieser Kongreß, wie fast vorauszusehen war, für die Lösung der „Alkoholfrage“ von keiner höheren Bedeutung war, wie alle seine Vorgänger, so haben wir Arbeiter doch Ursache, den Vorgängen auf solchen Kongressen ein gewisses Interesse zuzuwenden; dies gilt auch von dem in Rede stehenden. —

Wie von den meisten Kongressen, auf welchen sich, in einem gewissen Sinne „gemischte Gesellschaft“ zusammensindet, kann man auch von diesem Kongreß mit dem Dichter sagen: „Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Alle Mitglieder dieses Kongresses waren ja wohl als Streiter für ihre gute Sache auf dem Kampfplatze erschienen, die Motive für den „Kampf gegen den Alkohol“ waren aber zunächst schon, bei den so verschiedenen zusammengewürfelten Kampfgenossen äußerst verschieden, die Einen kämpften aus allgemein ethischen Gründen, andere aus hygienischen, noch andere aus

Zu den sozialpolitischen Maßnahmen, die zwar nicht durch die gesetzgebende Körperschaft herbeigeführt worden sind, jedoch auf das Drängen insbesondere der Arbeitervertreter in dieser Körperschaft zurückgeführt werden müssen, sind die Bundesratsverordnungen für bestimmte Industriezweige zu rechnen.

In den letzten zwei Jahren wurden von diesen Verordnungen auf weitere zehn Jahre erneuert, aber leider nur ganz unwesentlich verbessert oder erweitert: die Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, die gleiche Verordnung für Rohzuckerfabriken etc. und die Verordnung für Walz- und Hammerwerke. Neu erlassen wurde die Verordnung für das Gastwirthsgewerbe, welche unter anderem eine Ruhezeit von 9 Stunden täglich für erwachsene Arbeiter vorsteht und die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen unter 16 Jahren in den Stunden von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr, sowie die Bedienung der Gäste durch nicht zur Familie gehörende weibliche Personen unter 18 Jahren verbietet. Diese Verordnung ist an sich, insbesondere aber deswegen nicht als ausreichend anzusehen, weil das Hilfspersonal in den Küchen in die Schutzbestimmungen nicht einbegriffen ist. Die Organisation der Gastwirthsgehilfen war eifrig bemüht, durch Herbeischaffung von Material den Bundesrath zu veranlassen, die Verordnung den Verhältnissen im Gastwirthsgewerbe und den Wünschen der organisirten Arbeiter entsprechend zu gestalten. Bei allen diesen gesetzlichen Maßnahmen waren die betreffenden Berufsorganisationen bestrebt, einen entsprechenden Einfluß zu Gunsten der schützenden Arbeiterkategorien auszuüben, damit dokumentirend, daß die Gewerkschaften diesen Maßnahmen eine große Bedeutung beilegen und in ihnen eine Unterstützung der Bestrebungen der Gewerkschaften und eine Erleichterung der Erfüllung ihrer Aufgaben sehen.

Eine weitere, wohl anzuerkennende, aber gleichfalls nicht befriedigende Verordnung ist die über Einrichtung und Betrieb der Anlagen zur Vulkanisirung von Gummiwaaren. Auch die Verordnung über die Führung von

politisch-sozialen Rücksichten, gegen den gemeinsamen Feind, den Alkohol. — Außer diesen verschiedenen Motiven für die Bekämpfung des Alkohols, waren aber noch gewisse Unterschiede in der Bekämpfungsweise selbst zu beobachten. — Zwei große Strömungen machten sich innerhalb des Kongresses bemerkbar — die eine entsprach der absoluten Enthaltensamkeit, dem gänzlichen Verzicht, auf den Genuß alkoholischer Getränke — die andere richtete ihren Lauf nur gegen den Mißbrauch derselben; sie bewegte sich in dem ruhigen Fahrwasser der Mäßigkeit. —

Dies ist der interessante Punkt den wir in dem wogenden Kampfe gegen den Alkoholismus ins Auge zu fassen, dem gegenüber wir als Arbeiter zunächst Stellung zu nehmen haben. — Grade auf diesem Kongresse hat sich gezeigt, daß die Anschauung über die „Bekämpfung des Alkoholismus“ eine recht verschiedene ist und daß noch verschiedene der Kämpfer an den Ritter „Don-Quixote“ erinnern, in seinem „Kampfe mit den Windmühlen.“ —

Wenn auch die absolute Alkohol-Enthaltensamkeitsbewegung bereits in Nordamerika gewisse Triumpfe gefeiert hat — wo es ganze Staatsgebiete giebt, in denen die Temperenzler, fanatische Weiber an der Spitze, einen gewissen Terrorismus auf die in dieser Beziehung Andersdenkenden aus-

Wohnbüchern in der Kleider- und Wäsche-konfektion wird die Ausbeutung der Arbeiter und insbesondere Arbeiterinnen in dieser Industrie wenig Einhalt thun. Dazu gehören andere Maßnahmen, als sie bisher vom Bundesrath getroffen worden sind.

Von größerem Vortheil für die Arbeiter ist die Verordnung des Bundesraths, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Steinbrüchen und Steinhauereien. Die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit für erwachsene Arbeiter auf 10 Stunden bei der Steingewinnung und von 9 Stunden bei der Steinverarbeitung sind für die Arbeiter und auch für den Verband der Steinarbeiter von größter Bedeutung. Desgleichen das Verbot Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, sowie die Bestimmung über die Anbringung von Schuttdächern und die Beschaffung von Arbeitsbuden. Es wird dadurch der Organisation nicht nur der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung des Lohnes erleichtert, sondern diese Verordnung resp. das Bestreben der Organisation, ihr Geltung zu verschaffen, wird dazu beitragen, bisher unzugängliche Kreise der Steinarbeiter für den Organisationsgedanken zu gewinnen.

Wie schon bemerkt, sind alle diese gesetzlichen Bestimmungen auf das fortgesetzte Drängen der organisirten Arbeiter und darauf zurückzuführen, daß sich die Arbeiterschaft eine Vertretung im Parlamente gesichert hat. Bei allen sozialpolitischen Gesetzesentwürfen war es diese Vertretung, war es die sozialdemokratische Fraktion, welche mit aller Energie bestrebt war, den Gesetzen eine den Wünschen der Arbeiter entsprechende Fassung zu geben. Wenn andere Parteien im Reichstag sich auch den Schein zu geben bemüht waren, als wollten sie diese Gesetzgebung fördern, so geschah es sicher nicht, um der Arbeiterschaft zu nützen, sondern, um nicht allen Kredit bei den Arbeitern, die leider noch einen großen Theil der Wähler dieser Parteien bilden, zu verlieren. Daß die sozialdemokratische Fraktion die Vertretung der Arbeiterschaft ist und im Einverständnis mit den organisirten Arbeitern handelt, hat sie auch durch die Einbringung selbständiger Gesetzesentwürfe be-

üben, so können doch alle dortigen Errungenschaften gegenüber dem Schnapsteufel nicht etwa als Kulturfortschritte bezeichnet werden. Daß außerdem ein solches System demoralisirend wirkt und der Heuchelei Thür und Thor öffnet, das sei nur nebenbei bemerkt. Hierdurch wird grade jene Spezies gezüchtet, von der Heine sagt: daß sie öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein — sei's auch Branntwein — zur Stärkung ihres Glaubens zu sich nehmen. Gegen ein solches System, das auch bei uns seine Anhänger hat, muß jeder ehrliche, freiheitsliebende Mensch entschieden Front machen. — Wir haben grade Zwang genug in unseren Lebensverhältnissen und tragen durchaus kein Verlangen nach neuen Zwangseinrichtungen. Leute, welche nach nordamerikanischem Muster die Menschheit mit der Abstinenz und dem Verbot des Verkaufes geistiger Getränke beglücken wollen, erinnern lebhaft an jene Menschenfreunde, welche das Feuer verabscheuten, und den Gebrauch desselben verboten möchten, weil sich Kinder die Finger daran verbrennen könnten. — Der Mäßigkeitsbewegung wird jeder vernünftige Mensch, jeder denkende Arbeiter seine Sympathie entgegen bringen, insofern sie sich darauf beschränkt, den Mißbrauch des Alkoholgenußes zu bekämpfen. Diesen Mißbrauch bekämpft man aber nicht dadurch, daß man, wie es die amerikanischen Temperenzler

wiesen. Es sei nur der Gesekentwurf, betreffend die Einsetzung von Arbeitsbehörden (Reichsarbeitsamt, Arbeitskammern u. s. w.) erwähnt, ganz abgesehen von den Anträgen, welche den Gewerkschaften größere Bewegungsfreiheit sichern sollten, durch Beseitigung der reaktionären vereinsgesetzlichen Bestimmungen. Die Nothstandsinterpellation, die Interpellation bezüglich der rechtlichen Stellung der Arbeiterssekretariate haben den Beweis erbracht, daß die Gewerkschaften in der sozialdemokratischen Fraktion allein ihre Parlamentsvertretung haben, welche ihre Forderungen und Beschwerden im Reichstage und der Regierung gegenüber vertritt. Schließlich hat ja auch der Staatssekretär Graf Bosadovsky anerkannt, daß diese Fraktion die Vertretung der Arbeiter bildet. Es sei auch noch das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion gegenüber dem Zolltarif erwähnt. Die durch den Zolltarif herbeigeführte Vertheuerung der nothwendigsten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände macht alle mit schweren Opfern durch die Gewerkschaften erkämpften Lohnerhöhungen illusorisch. Es wird vieler opferreicher Kämpfe bedürfen, ehe es gelungen sein wird, die durch den Zolltarif herbeigeführte Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiter durch entsprechende Lohnerhöhungen wieder anzugleichen.

(Schluß folgt).

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Sperrren.

Die **Vollsperrre** besteht über Tillowitz und Firma Reinecke-Eisenberg, Ubersweiler, Arnburg, Freienorla.

Halbsperrren:

Alexandrinenthal (Ja. Recknagel), Althaldensleben (außer W. Gericke C. Schulz, Bauermeister), Bonn (Mehlem), Frankfurt a. Oder (Paetsch), Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Ramenz i. S. (Wogt), Königszelt, Kranichfeld, Kronach (Bauer u. Rosenthal), Ilmenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz,

Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhl, Triptis, Ueckendorf.

Bezüglich der Halbsperrren gelten folgende Bestimmungen:

1. Nach halbsperrten Orten werden Fahrgeelder gezahlt, wenn sonst nach dem Statut Anspruchsberechtigung vorliegt. Mitglieder, die in halbsperrten Betrieben Arbeit nehmen, behalten in Bezug auf Unterstützung und Fahrgeelder ihre statutarischen Rechte, wenn nicht ein Fall nach Ziffer 2 vorliegt.

2. Bei Entlassungen wegen Verbandszugehörigkeit wird weder Unterstützung noch Fahrgeld gewährt, bei Entlassung wegen Verbandsstätigkeit nur dann, wenn diese Thätigkeit infolge besonderen direkten Auftrages des Vorstandes ausgeübt wurde.

3. Ueberall, wo die Unternehmer oder ihnen gefügige Werkzeuge unsere Mitglieder systematisch nöthigen, von Unternehmern geschaffenen oder protegirten Vereinen, Unterstützungs- oder Zuschußklassen beizutreten, oder wenn sie die nachgesuchte Einstellung in ihren Betrieb davon abhängig machen, ist den Mitgliedern der Beitritt zu solchen Vereinen bzw. Klassen gestattet. Mitglieder, welche es unterlassen von diesem Beitritt dem Vorstand sofort Mittheilung zu machen, würden allerdings ihre Anrechte im Verbandsverbande verlieren.

Soweit unsere Mitglieder in jenen Vereinen bzw. Klassen Anrechte auf Arbeitslosen- oder Krankenunterstützung erwerben, tritt in unserem Verbandsverbande Kürzung der Unterstützung so weit ein, daß die beiderseitige Unterstützung den Betrag nicht übersteigt, in dessen Höhe das Mitglied in unserm Verbandsverbande bzw. Beihilfefond versichert ist. Entsprechend einer Kürzung in der Höhe der Unterstützung oder Beihilfe wird dafür die Dauer der Bezugsberechtigung verlängert.

Wenn das Mitglied aus solchem Arbeitsverhältnis ausscheidet, also jenem Zwange nicht mehr unterliegt, muß es auch aus diesen Zwangsklassen ausscheiden, sobald seine mit dem Entlassungsfalle etwa verknüpften Ansprüche an diese Klassen befriedigt sind.

4. **Alle** Mitglieder, welche in Betrieben arbeiten (gleichviel, ob gesperrt oder nicht)

wo sie ihre Mitgliedschaft verheimlichen müssen, sind **verpflichtet**, sich der Zahlstelle Berlin II. anzuschließen, auch dann, wenn sich am Ort ihrer Beschäftigung eine Zahlstelle befindet. (Adr. d. Kass.: Karl Munk, Berlin SO. Reichenbergerstr. 28, Hof II.)

Der Verbandsvorstand.

Aufforderung.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung in Nr. 2 der Anzeize d. Z. werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Verdienstlisten** aufgefördert:

Althaldensleben, Coburg, Hirschberg, Hüttensteinach, Köppelsdorf, Magdeburg, Martinroda, Meuselbach, Neustadt, Nürnberg, Schmiedefeld, Suhl.

W. Herden, Verbandskass.

Aufforderung.

Gemäß § 34, Abs. 4 des Verbandsstatuts werden folgende Zahlstellen zur **sofortigen** Einsendung der **Abzähle u. Gelder pro I. Quartal 1903** aufgefördert:

Adorf, Althaldensleben, Annaburg, Arnburg, Berlin II, Blankenhain, Bonn, Burgau, Burggrub, Coburg, Colditz, Darmstadt, Döbeln, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Elgersburg, Elsterwerda, Frankfurt a. D., Fraureuth, Gera, Geringswalde, Geschwenda, Gräfenhain, Gräfenroda, Gräfenthal, Hausen, Hermsdorf, Hirschau, Hirschberg, Hohenberg, Höhr, Hüttensteinach, Ilmenau, Kahla, Ramenz, Kloster-Bebra, Köln-Ehrenfeld, Köppelsdorf, Kronach, Küps, Langewiesen, Lauf, Magdeburg, Manebach, Martinroda, Meißen, Meuselbach, München, Neustadt b. E., Roffen, Nürnberg, Oberhausen, Oberhohndorf, Oberkößitz, Oberkockau, Blaue, Pötschappel, Probstzella, Rathenow, Rehau, Reichenbach, Roda, Rudolstadt, Saargemünd, Schauberg, Schmiedefeld, Schnei, Schwarzza, Schwarzenbach, Schwelm, Selb, Sighendorf, Sondershausen, Spandau, Stadt-ilm, Suhl, Tettau, Tirschenreuth, Unterpörlitz, Unterweißbach, Wegesack, Wordamm, Waldenburg, Waldsassen, Wunsiedel, Zell.

machen, in Prozessionen durch die Straßen zieht, singende und betende Weiber an der Spitze, im Namen Gottes den Schnapsfässern die Böden ausschlägt und die Thüren der Wirthshäuser zunagelt. — Jede Krankheit hat ihre Ursache, auch die, von den Abstinenzlern so benannte „Schnapspest“; nun richtet sich aber, nach der neueren Heilweise die Kunst des Arztes nicht gegen die Symptome, gegen die Krankheitsercheinungen, sondern gegen die Ursachen der Krankheit. Dem entgegen aber richten sich die Bestrebungen der Abstinenzler und Temperenzler immer noch, wie die unserer alten Quacksalber und Pflastererschmierer gegen die Krankheitsercheinungen; man spricht immer nur von den Schäden, welche der Alkoholgenuß verursacht ohne an eine Abstellung dieser Ursachen ernstlich zu denken. Wenn dann ein Laie, oder wie auf dem Bremer Kongreß ein Arzt, auf die Ursachen hinweist, dann wird es den „frommen Patrioten“, den Trägern der heutigen Wirthschafts- und Gesellschaftsordnung, bange ums Herz und sie protestiren gegen jede Untersuchung dieses Ursprungs der sogenannten „Schnapspest.“

„Der Schnapsgenuß ist nicht die Ursache, sondern die Folge des Glends“ sagt schon vor langer Zeit der berühmte Chemiker Justus von Liebig, trotzdem aber giebt es immer noch ungezählte Anhänger der Liebig'schen Theorie,

welche diesen Ausspruch leugnen, und sich die Ohren verstopfen oder aber einen Saal verlassen, in welchem über die Ursachen ernstlich debattirt wird. Ähnliches haben wir ja auch auf dem Bremer Alkoholgegnerkongreß erlebt, wo z. B. Admiral Thomsen sich entfernte als das soziale Glend mit dem Alkoholmißbrauch in Verbindung gebracht wurde. — Der Beweis liegt zu Tage, daß überall da, wo bessere Lebensverhältnisse unter einer Arbeiterschaft Platz greifen, auch das sinnlose Saufen, das Betäuben des Gemüthslebens aufhören, weil der Wachzustand für den Arbeiter gewisse Reize birgt, die er gern nüchtern genießt, zumal wenn mit der Verbesserung der Lebensverhältnisse auch der Bildungsgrad auf eine höhere Stufe gehoben wird. —

Jede Bekämpfung der „Schnapspest“, welche nicht zugleich darauf Bedacht nimmt, daß bessere Lebensverhältnisse für den Arbeiter geschaffen werden, für eine Hebung des Bildungsgrades, namentlich eine bessere Erziehung der Jugend gesorgt wird, eine jede solche Bekämpfung kann nur als eine nutzlose, lächerliche Komödie betrachtet werden, mit der man keinen Hund aus dem Backofen lockt, geschweige denn Menschen aus der Kneipe, deren einziger erschwingbarer Genuß auf dieser Welt ein Glas Schnaps ist. Alle Entrüstung der Abstinenzler, wie sie sich in

ihren Organen, so erst leztlich, in der „Oesterreichischen Abstinenz-Zeitung“ ausspricht, kann an der Thatsache nichts ändern, daß wenn man einem Menschen etwas nimmt, man ihn dafür etwas anderes bieten muß. Das woll enaber die Koryphäen der Abstinenz nicht; sie wollen zwar dem Arbeiter zur Entsaugung von Alkoholgenuß bestimmen, ihn aber keine besseren Lebensverhältnisse zubilligen. —

Die ganze Bewegung zu Gunsten der Entsaugung auf jeden Tropfen Wein, Bier oder Branntwein ist ein Zug durch die Wüste, ein Kampf mit Windmühlen, eine Mondfahrt. — Man macht uns Sozialisten den Vorwurf, daß wir Utopisten sind, nun, eine größere Utopie ist kaum denkbar, als die zu glauben, daß die Menschheit, welche seit urdenklichen Zeiten sich der Rauschmittel in den verschiedensten Formen bedient hat, nun auf Geheiß zur Milch der frommen Denkungsart zurückkehren wird. Reizmittel kann der Kultur Mensch einmal bei seiner aufreibenden Thätigkeit nicht entbehren, selbst der von den Abstinenzlern so hoch in den Himmel gehobene Türke nicht. Auch hier wird neben Kaffee und Tabak, wenn auch nur heimlich den Göttern Bacchus und Gambrius geopfert. Der Reisende Bamberg schreibt darüber: „Schon in der Kindheit wird uns der Spruch gelehrt: „Der Muselman trinkt

Gleichzeitig mache ich die Zahlstellenkassierer und Revisoren darauf aufmerksam, daß auch, gemäß §§ 5, 6 und 7 der Kassenordnung, vierteljährlich je ein Abschluß für Bildungs-, 8 pCt.- und Streifbond einzusenden ist, ferner daß über **alle Ausgaben** den Abschlüssen die **Quittungen** beizulegen sind. Ausgaben, worüber Quittungen nicht beigelegt sind, werden nicht anerkannt.

W. Herden, Verbandskassierer.

Bekanntmachung.

Die Zahlstellen **Rönigszell** und **Wiesau** sind aufgelöst und die Mitglieder der Zahlstelle Berlin II überwiesen worden. Demgemäß werden die betreffenden Mitglieder ersucht, behufs Wahrnehmung ihrer Mitgliedsrechte die Anmeldung sofort bei dem Kassierer **Karl Munk, Berlin S.O. 26, Reichenbergerstr. 28, Hof 2 Tr.**, bewirken zu wollen. W. Herden, Verbandskassierer.

Die bisherigen Verwaltungsmitglieder der Zahlstelle **Manebach** sind durch den Vorstand in der Sitzung vom 10. Mai d. J. wegen Pflichtverräumnis ihrer Vertrauensämter enthoben worden. Die Mitglieder der Zahlstelle werden daher aufgefordert, **sofort** eine **Versammlung** zu veranstalten, in welcher die **Neuwahl der Verwaltung** zu vollziehen ist, widrigenfalls die Auflösung der Zahlstelle erfolgen müßte.

W. Herden, Verbandskassierer.

Bekanntmachung.

Ueber **Freienorla** Firma **Bodenstab**, sowie **Arneburg** Firma **Hugo Traub**, ist in der Sitzung vom 10. Mai 1903 die **Bollsperr** verhängt worden. Beide Firmen stecken in **Zahlungsschwierigkeiten**, weshalb umfangreiche **Entlassungen** vorgenommen wurden, und engagieren trotzdem noch fortgesetzt neue, allerdings billigere Arbeitskräfte. Um die Mitglieder des Verbandes vor **Schaden** zu bewahren, war es notwendig, vorstehende **Maßnahme** zu ergreifen und wollen alle Mitglieder dieses im eigensten Interesse beachten.

Joh. Schneider, Verbandschriftführer.

Keinen Wein und hält für unrein auch das Schwein." Mit dieser Ansicht wachsen wir auf, sagt **Bambéry** -- und stellen die Türken gewöhnlich als Muster der Enthaltsamkeit hin -- Thatsache ist, daß zwar bei uns im Abendlande die Zahl der Trinker groß, die der Berauschten klein -- im Orient dagegen die Zahl der Trinker klein -- die der Berauschten dagegen groß ist. -- **Mohamed** sagte wohl: „trübet keine berauschten Getränke,“ trotzdem sind die schönsten und elegantesten Bechergelage an den Ufern des **Bosporus** anzutreffen. -- Nicht besser ist es und würde es sein, wenn auch bei uns zu Lande ein „**Mohamed**“ Wein, Bier und Branntwein nach Wunsch der Abstinenzler verboten würde, Heinrich Heine würde Recht behalten mit seinem Spruch:

„Ich kenne die Weise ich kenne den Text,
Ich kenne auch die Verfasser,
Ich weiß sie trinken heimlich Wein
Und predigen öffentlich Wasser.“

Die **Heuchelei**, **Duckerei** und **Muckerei**, ist schon groß genug in der Welt, sie braucht durch die **Abstinenz** nicht noch gesteigert zu werden. Dahin würde es aber schließlich kommen, denn es würde weniger öffentlich und desto mehr heimlich gekoffen werden. -- Wie der Jude an **Zwiebel** und **Knoblauch**, so hängt der Deutsche seit undenklichen Zeiten

62. Vorstandssitzung vom 26. April 1903.

Ohne Entschuldigung fehlt **Dale**.
Von **Witba** wird mitgeteilt, daß auf **Vorsprache** bei der Firma, den Mitgliedern am 1. Mai von **Nachmittags 4 Uhr** ab, freigegeben worden ist. -- Die **Sperre** über **Steingutfabrik Giesel, Breslau** wird auf Antrag der Zahlstelle aufgehoben; einem weiteren Antrage, die ratenweise Rückzahlung der darlehnsweise gewährten Unterstützung betreffend, wird ebenfalls zugestimmt. -- Nach Mitteilung von **Freimaldau** sind anlässlich des Versuches, einige der drückendsten Uebelstände abzustellen, und angeregt durch die schwächliche Haltung eines Teiles der dortigen Mitglieder, **Maßregelungen** vorgenommen worden. Den Entlassenen wird Unterstützung nach § 1 Abs. 6 U.-A. bewilligt. -- Anlässlich eines Falles in **Rudolstadt** wird in Bezug auf die, in halbgesperrten Fabriken entlassenen Mitglieder, beschlossen, daß der **Beschluß** des Vorstandes vom 26. 3. 03 auf alle, in solchen Betrieben Entlassenen, ohne Ausnahme, in Anwendung kommt. -- Ein Antrag auf **Ausschluss** von zwei Mitgliedern in **Ubersweiler** wird an die Zahlstellen-Versammlung verwiesen. -- Dem Mitglied 17 724 **Berlin II (Hornberg)** wird **Rechtsschutz** bewilligt, zwecks Einlegung der Berufung gegen eine Entscheidung des Bürgermeister-Amtes an das ordentliche Gericht; ein juristisches Gutachten ist inzwischen beizubringen. -- Eine Beschwerde des Mitgliedes 10 825 **Döbeln** wegen angeblich zu wenig erhaltener **Umzugsgelder** wird als unbegründet zurückgewiesen; insbesondere der Teil der Beschwerde, welcher dem Vorstand eine **parteiliche Geschäftsführung** zum Vorwurf macht und jeder Begründung entbehrt. -- Vom **Gewerkschaftssekretariat Jserlohn** und vom Vorstand des **Schuhmacher-Verbandes, Nürnberg**, sind **Auf-rufe** zur Unterstützung der **Ausgesperrten** in **Jserlohn** und **Birmasens** eingegangen; den **Lepteren** werden **300 Mk.** aus **Verbandsmitteln** bewilligt; der **erstere Aufruf** bleibt unberücksichtigt, indem derselbe weder vom **Central-Vorstand** ausgeht, noch von demselben befristet wird. -- Das **frühere Mitglied Mehlig, z. Bt. in Amberg** wird mit seinem **Wiederaufnahme-Gesuch** an die Zahlstelle **Magdeburg** verwiesen; sofern **Leptere** dessen **Gesuch** befristet, wird sich der Vorstand damit befassen. Von einer **Aufnahme** unter zwei Jahren **Straf-Karenzzeit** kann jedoch in keinem Falle die Rede sein. Die **Verwaltung** der Zahlstelle **Berlin II** beantragt, bei **Differenzen** eine größere **Bewegungsfreiheit** und **Selbstständigkeit** in Anspruch nehmen zu können und begründet dies mit den eigenartig gelagerten **Arbeitsverhältnissen**. Einmal kommen in jedem einzelnen Fall immer nur einige Mitglieder in Frage, **Kündigungszeit** besteht fast ausschließlich in keinem der in Frage kommenden **Geschäfte**, zum **Ändern** haben die ev. in Frage kommenden Mitglieder im schlimmsten Fall die Möglichkeit, in nicht allzulanger Zeit ein anderweitiges Unterkommen zu finden. **Beschlossen** wird, unter bestimmten **Voraussetzungen** für die diesjährige **Matfeier** der Ver-

an seinem **Labfal**, einen **Trunk** im **Becher**, der ihm auch durchaus nicht schadet, wenn er denselben mit **Verstand** genießt. -- Dahin müssen wir es eben bringen, daß jeder den gehörigen **Verstand** besitzt, um zu wissen, wie weit er mit seinem **Bedürfnis** zu gehen hat. So wenig wie der Mensch sich sinnlos in den **Strudel** des **Vergnügens** stürzen soll, so wenig soll er sinnlos in den **Becher** kucken und zechen bis er ihm aus der **Hand** fällt. -- Vom **elstischen Standpunkt** betrachtet ist es eine **Schande**, wenn sich ein Mensch sinnlos **befäuft**; vom **hygienischen Standpunkt** angesehen schadet es seiner **Gesundheit**, wenn er dies zu oft macht; und vom **politisch-sozialen** aus ins Auge gefaßt, ist derjenige ein **Narr**, der da glaubt, daß er seine Lage dadurch verbessert, wenn er seine **fünf Sinne** jeden Tag derart **umnebelt**, daß er von seinem **Jammer** nichts mehr hört und sieht! -- Trotzdem aber werden wir ohne **Reizmittel**, ohne **Genußmittel** nicht auskommen, so lange wir **gezwungen** sind unsere **Kräfte** **abnorm** anzustrengen; **Genußmittel** sind dem **Kulturmenschen** leider **unentbehrlich**, sie sind -- um mit den Worten des berühmten **Arztes Prof. Dr. Bock** zu reden -- gewissermaßen „das **Öl** an der **Körpermaschine**, um dieselbe im **Gang** zu halten.“ -- Hierher gehören nicht nur **Taback**, **Kaffee**, **Thee** u. s. w. sondern auch die **alkoholischen Getränke**. --

haltung **freien Spielraum** zu lassen, ebenso auch in allen den Fällen, in welchen es sich darum handelt, dem **Einbringen** **Unorganischer** einen **Miegel** vorzuschieben oder der **Anerkennung** des **Arbeitsnachweises** **Nachdruck** zu verleihen. **Bedingung** muß jedoch bleiben, daß der **Vorstand** von den **Maßnahmen** der **Verwaltung** immer möglichst bald in **Kenntnis** gesetzt wird. In allen anderen Fällen jedoch, bleibt der **bisherige Zustand** bestehen, wonach der **Vorstand** vorher den **Sachverhalt** zu prüfen und zu einem ev. **Vorgehen** die **Genehmigung** zu geben hat.

G. Wolmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

Im **Bericht des II. Agitations-Bezirktes**, **Vorort Kahla**, hat sich bezüglich des **Verdienstes** der **Malerei** bei **Beyer u. Bött** in **Schwarza** ein **Fehler** eingeschlichen. Der **Durchschnitts-Verdienst** beträgt nicht **16,02 Mk.** sondern **20,20 Mk.** Der **niedrigste** **Verdienst** beträgt **16,12 Mk.**, der **höchste** **28,80 Mk.** Es sei dies hiermit richtig gestellt.

Kolmar. Kollegen, welche in hiesiger **Porzellanfabrik** in **Arbeit** treten wollen, ersuchen wir, im **eigenen Interesse** sich erst bei der **Zahlstellenverwaltung** nach hiesigen **Verhältnissen** zu erkundigen. Die **Verwaltung**,

Von **Stothheim** theilt ein **Mitglied** mit, daß in dortiger **Porzellanfabrik** **Differenzen** wegen der **Akkordpreise** ausgebrochen seien. Es wird für die nächste **Mr.** Näheres in **Aussicht** gestellt; **ersucht** wird, bei **Engagements** nach dort **vorsichtig** zu sein.

Arneburg. Trotzdem die hiesigen **Arbeiter** garnicht um **Freigabe** des 1. Mai vorstellig geworden waren, war am 30. April folgende **Bekanntmachung** angeschlagen:

„Die **Feier** des 1. Mai ist allen in der **Fabrik** beschäftigten **Arbeitern** und **Arbeiterinnen** **verboten**.

Wer dem **Verbot** **zuwiderhandelt**, wird als **ausschuldig** betrachtet und **sofort** **entlassen**.

Arneburg, am 30. April 1903.
Feuerfeste Thonwarenfabrik
Hugo Traub.

An den hiesigen **Arbeitsverhältnissen** hat sich wenig geändert. 6 **Kollegen** sind bereits **gekündigt** worden und **außer Stellung**, weitere **Kündigungen** stehen noch **bevor**, wenn keine **Änderung** eintritt bezw. die **Gesinnung** des

Mit **großem Verständnis** hat sich auch der **Prager Universitäts Professor** **Dr. Gueppe** in diesem Sinne, auf dem **Bremer Kongress** ausgesprochen. -- Bei der **Erwägung** der **Mansschen Nordpolexpedition**, -- welche **keine alkoholischen Getränke** mit sich führte, sagt der **Redner**, sie sei zwar das **Paradesperr** der **Abstinenzten**, doch aber habe der **Forscher** **Bayer (Nordpolfahrer)** geäußert, daß der **Alkohol** für jene **Gegenden** **absolut** **notwendig** sei, nicht nur zur **Stärkung**, sondern auch aus **andern Gründen**. „Ein **gelegentliches** **kleines Anreizgelage** hätte eine ganz andere **Stimmung** unter die **Leute** gebracht und die **Differenzen** **schnell** **ausgeglichen**.“ -- **Wichtiges** hat gewiß auch schon **Jeder** von uns **beobachtet**. -- Was wäre überhaupt unsere **deutsche Gemüthlichkeit** ohne einen **Schoppen** **Bier** oder **Wein**. Das **sehen** denn auch die **Anhänger** der **Mäßigkeitsbestrebungen** ein, sie wollen das **Leben** nicht **gänzlich veröden**; mag jeder sein „**Schöppchen**“ **trinken**, der einmal **daran** gewöhnt ist. -- Wer **freilich** den **Alkohol** als ein **Kraftmittel** betrachtet, der **irrt** sich. **Treffend** sagt der **berühmte Chemiker** **J. von Liebig**: „Der **Schnaps** ist nur ein, dem **darbenenden Menschen** **aufgezwungener** **Ersatz** der **unzureichenden Nahrung**, wobei der **Arbeiter** das **Kapital** -- die **Gesundheit** -- **statt** der **Zinsen** -- der **Arbeitskraft** -- **verzehrt**.“

schers sich nicht ändert. Ein Formgießer (der Oberbrehner Kurth hatte auch die Formgießerei mit unter sich) gab dem p. Kurth 2 Stunden an, die nach des Formgießers Ansicht mit zu verrechnen waren, was aber Kurth nicht wollte. Er sagte zu dem Formgießer, er solle nach Berlin gehen und sich die 2 Stunden bezahlen lassen. Wenn in dieser Weise für das Traub'sche Geschäft gesorgt wird, so dürfte allerdings dasselbe recht bald auf seinen Höhepunkt angelangt sein.

— Von **Gräfenenthal** wird mitgeteilt, daß in den dortigen 4 Fabriken seit dem 1. April d. J. die 10stündige Arbeitszeit eingeführt worden ist, im Sommer von 6—6 im Winter von 7—7 Uhr. In der Fabrik von Weiß, Kühnert und Co. ist dabei aber unbegreiflicher Weise die Frühstück- und Zwischenpause um je 10 Minuten gekürzt worden. In der Pröschold'schen Fabrik wird nach 6 Uhr Arbeiten in der Fabrik nicht gestattet, was anerkennenswerth ist. Leider sind noch viele Arbeiter vorhanden, die den durch Verkürzung der Arbeitszeit zu Tage tretenden Fortschritt nicht zu würdigen verstehen und (mit Ausnahme in der Pröschold'schen Fabrik) bis in die Nacht hinein schuften. Besonders Arbeiterinnen vergehen sich in dieser Weise. Die Maifeier wurde am 3. Mai von den Kollegen der beiden Zahlstellen Gräfenenthal und Probstzella gemeinschaftlich begangen, sie war gut besucht und hat der Verlauf derselben nur befriedigt.

— Die **Norddeutsche Steingutfabrik** N. G. zu Grohn-Bege sack kann nach reichlichen Abschreibungen und Rücklagen eine Dividende von 15 pCt. zur Vertheilung bringen. In den vergangenen letzten Jahren war der Ertrag der Fabrik ein bedeutend geringerer. Jahre lang war die Fabrik deswegen seitens der Organisation gesperrt, weil die Geschäftsleitung Verbandsmitglieder boykottierte. Nachdem dieser Boykott, und dementsprechend auch die Sperre aufgehoben worden ist, haben wir dort wieder eine größere Zahlstelle und ist zu wünschen, daß, wie sich das Geschäft günstig entwickelt, dies auch bei der Zahlstelle ferner der Fall sein möge.

— **Tettau.** Bei herrlicher Witterung, im festlich dekorirten Saale des Gasthauses zum schwarzen Adler, hielt die hiesige Zahlstelle ihre diesjährige Maifeier ab. Von sämmtlichen umliegenden Dörfern waren die Arbeiter herbeigeströmt, um an der Demonstration theilzunehmen! 500 Personen mögen es wohl gewesen sein; Genosse Seelmann-Pronach erläuterte in längeren Ausführungen die Bedeutung des ersten Mai. Die Ausführungen waren von tosendem Beifall begleitet. Man sah es den Anwesenden an, wie sehr die Worte des Referenten zu Herzen gingen, daß sie zündeten! So mancher Indifferente mag sich diese Worte zu Herzen genommen haben und nun in unsere Reihen eintreten. Das Fest selber verlief in vollster Ordnung und Ruhe! Allgemein hörte man den Ausspruch: „Ein schöneres Fest hat Tettau noch nicht gesehen.“ Befriedigt ging alles zu Hause mit dem Gefühl im Herzen, einen herrlichen Tag verlebt zu haben! Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Tettauer Arbeiter auf dem beschrittenen Weg weiter gehen, aus dem Verlauf des Festes ihre Schlüsse ziehen möchten. Erfreulicherweise hat sich in letzter Zeit eine starke Zunahme unserer Verbandsmitglieder hierorts ergeben. Täglich treten neue Genossen in unsere Reihen ein, und dürfen wir in kurzer Zeit die Zahl 100 überschritten haben. Es ist dies ein sehr erfreuliches Zeichen und rufen

wir den Tettauer Arbeitern ein „Bravo“ zu! Wir appelliren an euch ihr Arbeiter von Tettau, fahret in dieser Weise fort, zeigt, daß ihr zielbewußte, denkende Arbeiter seid. Die Aufgabe eines jeden einzelnen Mitgliedes muß es sein, unsere Zahlstelle zu einer der größten und besten zu machen.

Unermüßlich müssen wir agitiren für unsern Verband. Denkt doch daran, 500 Mitglieder haben wir verloren in einer Zeit, in der sich andere Gewerkschaften an Mitgliedern verdoppelt haben! Jeder von uns selbst trägt einen Theil der Schuld an diesem Rückgange mit! Es ist unsere Pflicht, diese Scharte wieder auszuweken! Genossen! Wir leben in einer Zeit, in der es heißt die Augen offen halten, sich zu sichern, denn man kann nicht wissen, was der morgige Tag bringt! Den sichersten Schutz aber gegen alle Eventualitäten bietet unser Verband. Werdet alle Mitglieder desselben. Schulter an Schulter wollen wir für unsere Bestrebungen, für unsere Existenz kämpfen. Keiner bleibe zurück! Zum Schluß ihr Arbeiter von Tettau noch eins: „Bleibet eingedenk dieser schönen Feier, beherzigt die Worte des Referenten, handelt darnach!“ Nicht ein Strohflecken soll diese Begeisterung gewesen sein, sondern einen bleibenden Eindruck soll sie auf uns gemacht haben. Diesen guten Eindruck weiter fort zu pflanzen in die Herzen der uns Fernstehenden, daß soll unsere Aufgabe für die Zukunft sein!

— „**Der Porzellanarbeiter**“, Organ des österreichischen Porzellanarbeiterverbandes veröffentlicht in seiner letzten Nummer Folgendes: An alle österreichischen Porzellaner! Wie bekannt und bereits heute das viertelmal veröffentlicht, ist über die Porzellanfabrik Firma Reinecke in Eisenberg (S.-M.) die Vollsperrung verhängt. Wir glaubten bisher, mit der Veröffentlichung der Sperre-Verhängung und öffentlicher Warnung vor Zutritt nach Eisenberg unserer Pflicht, weil nicht besser durchführbar, voll und ganz nachgekommen zu sein. Wie wir aber durch ein an uns gelangtes, ziemlich energisches Schreiben eines Eisenberger Kollegen ersahen, ist dies doch nicht ganz der Fall, indem man in dieser Karte über „tagtägliches Zulauf aus Böhmen“ klagt. Am 20. April kamen zwei Prager und am 21. April ein Kollege aus der hiesigen Gegend nach Eisenberg, um dort nach Arbeit zu fragen, vielleicht auch um bei Reinecke Arbeit zu nehmen. Wir glaubten im Hinblick auf den leider noch zu beschränkten Rahmen unseres Einflusses gethan zu haben, was wir zu thun imstande waren und sind; wenn einige unorganisirte „schwarze Brüder“ aus Böhmen sich nicht um das Hemmniß der Sperre scheren, so sind wir total unvermögend, dies zu ändern. Denn daß es Organisirte gewesen sind, ist nicht gesagt und glauben wir kaum. Sollte es aber doch der Fall gewesen sein, so wird ein Aufmerksammachen von Seite der Eisenberger Kollegen genügen, um ein solches Mißverständnis beiderseits zu lösen. — Wir fordern aber alle organisirten Porzelliner Oesterreichs und auch Ungarns nochmals auf, ihre ganze Macht dahin geltend zu machen, daß wir doch endlich einmal den immer noch auf uns haftenden Schein, als wären die Oesterreicher nicht zielbewußte Kollegen, als wären wir noch zum Theil „privilegirte“ Streik- und Sperrbrecher, gänzlich abstreifen, und zu veranlassen, daß weder nach Eisenberg noch sonst in einem gesperrten Betrieb Deutschlands und Oesterreichs ein österreichischer Porzellaner geht. Vor Zutritt nach Eisenberg und Tilkowitz wird gewarnt!

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

— Die **sozialdemokratische Fraktion** des Reichstages hat unterm 30. April ein Manifest an ihre Wähler erlassen, laut welchem sie ihr Mandat in die Hände derselben zurückgibt. Sie glaubt mit Recht, daß sie mit gutem Gewissen das Urtheil über ihre Thätigkeit den Wählern überlassen kann. Nachdem sie einen kurzen Rückblick über die hauptsächlichsten Vorgänge im Reichstag, einen Ausblick über alle das Volk erwartenden neuen Belastungen gegeben, wendet sie sich an die Wähler und fordert auf zum Kampfe mit dem Stimmzettel. Die Fraktion giebt folgende Wahlsparole aus:

„Nieder mit dem die Völker aus-saugenden Militarismus und Marinismus in seiner jetzigen Gestalt! Völkerverständigung! Völkerfrieden!“

Nieder mit einer verderblichen Zoll- und Handelspolitik, die viele Millionen in ihren Lebensinteressen schädigt!

Nieder mit einer Steuer- und Zollpolitik, welche die Armen bedrückt und die Reichen begünstigt!

Nieder mit der Reaktion im Innern, der staatlichen Willkür, der Bevormundung, dem Polizeidruck, der Rechtsunsicherheit!

Auf zum Kampf für den Fortschritt auf allen Gebieten, für Wissen und Aufklärung, für Befreiung und Erlösung von allem Druck, den Klassenstaat, Klassenherrschaft und Klassengesetzgebung auf die Schultern der schwer arbeitenden Volksmehrheit geladen haben.

Unser Ziel ist die Herbeiführung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gegründet auf dem gesellschaftlichen Eigenthum an den Arbeitsmitteln und der Arbeitspflicht aller ihrer Glieder. Schaffung eines staatlichen und gesellschaftlichen Zustandes, in dem die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung und die Wohlfahrt Aller der unverrückbare Leitstern für alles Handeln ist.

Wähler! Wer von Euch diese unsere Anschauungen theilt, der stimme am 16. Juni nur für den Kandidaten der Sozialdemokratie!“

— Die **Aussperrung der Schuhmacher in Birmasens** ist noch nicht beendet und ist ein Ende derselben auch noch nicht abzusehen. Daß die Fabrikanten sich Mühe geben, ihre nothwendigsten Aufträge zu erledigen, läßt sich denken, und deswegen haben die Ausgesperrten einen vorzüglichen Streikpostendienst organisirt. Tag und Nacht wird derselbe vollzogen. Dem Bürgermeister von Birmasens, welcher mit einer Schuhfabrikantenfamilie verwandt ist, ist denn dieser Streikpostendienst offenbar ein Greuel und hat die Polizeiorgane angewiesen, mit aller Strenge dagegen einzuschreiten. Die Ausgesperrten haben aber nicht nur einen Streikposten-, sondern auch einen Ordnungsdienst organisirt und versehen ca. 100 Personen die Thätigkeit einer Zivilpolizei. An allen Straßenecken stehen solche Ordnungsleute und jeder Ausgesperrte, der den Anordnungen derselben nicht folgt, erhält zur Strafe keine Unterstützung von der Organisation. Der Bezirksamtmanu giebt sich Mühe, eine Verständigung zwischen Ausgesperrten und Fabrikanten zu erzielen und traut den Arbeitern zu, daß sie auf größte Ordnung sehen. Der Stadtrath von Birmasens scheint dagegen Angst vor größeren Unruhen zu haben, man wollte schon eine Kompanie Soldaten aus Landau oder Zweibrücken kommen lassen, weil das aber zu theuer käme, begnügte man sich mit einer Gensdarmarie-Abtheilung, die neben der

städtischen Polizei für Ruhe sorgen soll. Sie haben aber nun selbst soviel Ruhe und gehen zur Freude der Ausgesperrten als „Arbeitslose“ in den Straßen umher.

Der Fabrikantenverein forderte zwei Tage nach Ablauf der ersten Unterstützungswoche die nicht organisierten Arbeiter auf, in den Fabriken, wo sie gearbeitet, sich ihre vom Fabrikantenverein zugedachte Unterstützung zu holen. Das ist wohl das Mittel zum Zweck, man will sehen, wie viel etwa „arbeitswillig“ sind. Es meldete sich kaum der zehnte Theil. Einige Fabrikanten zahlten Unterstützung ohne Vorbehalt, andere als Vorschuß, andere wollten eine Quittung mit der Erklärung, nie einer Arbeiterorganisation beizutreten. 16 Zahl- und Kontrollstellen sorgen für prompte Abwicklung des Unterstützungszahlens seitens der drei Organisationen; diese handeln im Prinzip gemeinsam, bleiben in Kassensachen aber streng getrennt. Die allgemeinen Sammelgelder fließen dem Verein deutscher Schuhmacher, der am stärksten belastet ist, zu, während das in den Kreisen der Christlichen, sowie der Gewerkvereiner Gesammelte den ausgesperrten Angehörigen dieser Organisationen verbleibt. Die Bürgerschaft von Birmasens steht auf Seiten der Ausgesperrten, sie bezeugt denselben ihre Sympathie durch pekuniäre Unterstützung, was dem gestrengen Bürgermeister aber nicht paßt, er macht bekannt, daß Sammlungen für die Ausgesperrten nicht erlaubt sind und mit aller Strenge dagegen vorgegangen werden wird.

Die Ministerialkommissäre v. Nauck und Böllath sind im Auftrage der Regierung von München nach Birmasens gereist und machten den Arbeitervertretern Vorschläge zur Beilegung der Aussperrung, welche angenommen wurden. Jedoch die Fabrikanten lehnten die Vorschläge ab, die Regierungsbeamten mußten unverrichteter Sache wieder abfahren. Auch sonst sind noch diverse Vorschläge zur Beilegung gemacht worden, die Fabrikanten wollen aber anscheinend nur bedingungslose Unterwerfung. Deswegen, weil in diesem Kampfe um das Koalitionsrecht alle drei in Betracht kommende Arbeiterorganisationen zusammenhalten gegen den gemeinsamen Gegner, glauben wir uns der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß der Sieg auf Seite der Arbeiter bleibt. Die Ausgesperrten vertrauen der Sympathie der deutschen Arbeiter und wir wünschen, daß sie sich nicht täuschen. Adresse: Georg Reuß, Mögelsdorferstr. 10, Nürnberg.

— **Der Streit der Glasschleifer im Jhergebirge** hat an Ausdehnung gewonnen. Es stehen jetzt an 2000 Arbeiter im Lohnkampf. Truppweise ziehen die Streikenden von einem Ort in den andern, um sich gegenseitig zum Aushalten im Streit zu bestärken. Die Dorfstraßen sind zu manchen Zeiten von abgemagerten Glasschleifern bevölkert, denen man die Merkmale der Tuberkulose sofort ansieht. Der Lohnkampf hat etwas unheimliches an sich: die dumpfe Ruhe der schrecklich degenerierten Streikenden und die herausfordernde Frechheit der Unternehmer. Wären die Glasschleifer nicht durch die Organisation diszipliniert, es wäre vielleicht schon zu so traurigen Erzessen gekommen wie vor vierzehn Jahren, da einzelne Gendarmen anfangen, nervös zu werden. Nur der Besonnenheit der Arbeiter ist es zu danken, daß die sozial-politischen Argumente des Köberschen Desterreich, Wajonnett und Bleifugeln, noch nicht in Anwendung gebracht wurden. Um die Glasschleifer gefügig zu machen und sie in die Werkstätten zu zwingen, scheint sogar an die Baumeister das Verbot ergangen zu sein, Glasschleifer zu beschäftigen. Auch in den Textilfabriken

werden keine Schleiferinnen aufgenommen. So hat denn der Unternehmerrückgang gar treffliche Anordnungen getroffen, um die Halberhungerer entweder vollends verhungern zu lassen oder sie zu seinen willenslosen Sklaven zu machen. Wäre die Solidarität der Arbeiter nicht, wie viele müßten da verzweifeln und elend zugrunde gehen! Die Unternehmer, welche vor Ausbruch des Streikes den Arbeitern höhnisch eine Lohnreduzierung anboten und meinten, die Arbeiter müßten noch betteln, daß sie nur arbeiten dürfen, haben unter dem Drucke des Gablonzers Bezirkshauptmannes beschlossen: die Einführung der Minimallohne vom Jahre 1899, die Aufspaltung der Radstühle in Morchenstern und Grünthal, um das Freiortelsystem zu beseitigen, und die Errichtung einer gemeinsamen Zentralverkaufsstelle, die es ermöglichen soll, jenen Unternehmern entgegenzutreten, die die vereinbarten Preise, respektive Löhne nicht einhalten. Alle anderen über die Minimallohne von 1899 hinausgehenden Forderungen wurden abgelehnt, so insbesondere die geforderte Erhöhung der Arbeitspreise für Spezialartikel, um die es sich hauptsächlich dreht. In der Serviettenringbranche verweigern die Unternehmer jedes Zugeständniß. Unterstützung ist dringend notwendig. Arbeiter, gedenket bei den Zusammenkünften, der im Kampfe stehenden armen Glasschleifer ihrer hungernden Frauen und Kinder! (Nordböhm. Volksbote.)

— Eine **Malfetei** wider Willen mußte ein Maschinenfabrikant Delme in Halle seinen Arbeitern gewähren. Am 1. Mai Nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr halte sich der Kurbelzapfen der Betriebsmaschine warm gelaufen und versagte zum Ergötzen der ca. 400 Arbeiter. Sie sollten nun bis Abends 6 Uhr im Betrieb gehalten werden, verlangten dafür aber Bezahlung trotz Nichtarbeit, was nicht gewährt wurde. Deswegen verließen sie um 3 Uhr die Fabrik und feierten seelenvergnügt den 1. Mai.

— **Um die Krankenkassen sowie deren Vereinigungen im Deutschen Reiche!** Nachdem der II. Allgemeine Kongreß der Krankenkassen Deutschlands am 16. März 1903 nachstehende Resolution beschlossen hat, richten wir an oben Bezeichnete allerorts, wo derartige Vereinigungen noch nicht bestehen, das Ersuchen, nun auch möglichst bald diesen Beschluß zur Durchführung zu bringen. Die Resolution lautet:

„Im Interesse einer planmäßigen Vertreibung der Erzielung günstiger Verträge mit Apotheken, Ärzten, Krankenhäusern, Bade-Anstalten, Drogen-, Milch- und Heilmittel-Lieferanten, sowie der Ausdehnung der bestehenden Krankenfürsorge ist die Bildung von Zentral-Kommissionen sämtlicher Krankenkassen eines größeren Ortes resp. aller im Bezirk einer Aufsichtsbehörde oder Landes-Versicherungsanstalt bestehenden Krankenkassen nach Möglichkeit herbeizuführen. Diese Zentral-Kommissionen treten zu einem Verbände zusammen, für welchen für die nächsten drei Jahre Berlin mit der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins als Vorort bestimmt wird. Die Thätigkeit der bereits bestehenden Organisationen von Krankenkassen, wie der Verband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich, der Verband freier Krankenkassen u. s. w., sollen durch diesen bereits auf dem ersten Kongreß der Krankenkassen Deutschlands beschlossenen „Verband der Zentral-Kommissionen“, der lediglich eine Vertretung für die allen Versicherten gemeinsamen Interessen darstellt, in keiner Weise in ihrem Arbeits-

gebiete beeinträchtigt werden. Ein Statuten-Entwurf für diesen „Verband der Zentral-Kommissionen“ ist von der Zentral-Kommission der Krankenkassen Berlins auszuarbeiten und baldmöglichst den bereits bestehenden Zentral-Kommissionen und Verbänden von Krankenkassen zur Begutachtung zu unterbreiten.“

Es sollen die Kassen sich nicht auf ihre eventl. einzelnen Kassengruppen-Vereinigungen verlassen, sondern es erscheint ein Zusammenschluß aller Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Innungs- und freien Hilfskassen zc. dringend geboten. Die Ärzte, Apotheker u. s. w. sind in festen Vereinigungen über das ganze Reich organisiert. Die Krankenkassen dagegen stehen vereinzelt, oder höchstens in einzelnen Gruppen organisiert da. Entsteht nun an irgend einem Ort zwischen den Beteiligten ein Konflikt, so sind die einzelnen Kassen den Forderungen der Betroffenen vollständig preisgegeben. Dieses ist nicht nur bei obiger Angelegenheit, sondern in vielen ähnlichen Sachen auch der Fall. Werden Wünsche oder Forderungen an die Regierungen, Behörden oder ähnlichen Institutionen seitens der Kassen gerichtet, so werden dieselben bedeutend mehr Beachtung finden, wenn dieselben von allen Kassen an einem Orte gemeinschaftlich gestellt werden. Man kann dann nicht sagen, das ist nur der Wunsch der einzelnen Kassen, sondern man muß damit rechnen, daß dieses ein Wunsch der gesamten Kassen-Vorstände und ihrer Mitglieder ist. Und darum rufen wir Ihnen nochmals im Namen des Kongresses zu „Krankenkassen Deutschlands vereinigt Euch!“ Und wer nicht Sonder-Interessen verfolgt, wem an der gesundheitlichen Besserstellung der Mitglieder wirklich gelegen ist, der wird dem Standpunkt der Kongreßteilnehmer huldigen und dafür mit aller Entschiedenheit eintreten, daß dieser Beschluß nun auch in die That umgesetzt wird.

Wir ersuchen daher die Kassen-Vorstände resp. Kassen-Vereinigungen, uns möglichst umgehend Folgendes mittheilen zu wollen:

1. Was für eine Organisation ist am Orte, welche Kassen resp. Kassengruppen gehören der Vereinigung an?
2. Wieviel Krankenkassen und welche mit wieviel Mitgliedern, befinden sich überhaupt am Orte?

Falls eine Organisation vorhanden ist, erbitten wir uns neben der Beantwortung dieser Fragen zugleich ein Statut derselben mitsenden zu wollen. Nachdem dieses geschehen, werden wir Ihnen, dem Beschlusse des Kongresses gemäß, einen Entwurf der Satzung zugehen lassen, welcher den einzelnen Lokal-Organisationen als Richtschnur dienen soll. Die Kassen leisten heute schon viel, aber durch ein einmüthiges, gemeinsames Zusammengehen können für die Kassen, so wie für ihre Mitglieder noch bedeutendere Vortheile und Einrichtungen in humanitärer und sanitärer Beziehung erreicht werden. Dieses mögen sich die einzelnen Kassen-Vorstände gelagt sein lassen.

Die neu zu schaffende Organisation soll nicht etwa den bereits bestehenden Kassen-Verbänden Abbruch thun. Nein, das Gegenteil wird angestrebt, und wir empfehlen jeder einzelnen Kasse, den für sie in Betracht kommenden Verbänden, soweit dieses noch nicht geschehen ist, beizutreten. Aber neben dieser einzelnen Kassengruppen-Organisation muß ein einheitliches Band alle Kassen zusammen halten.

Darum hoffen wir, daß Sie diesen einheitlich gefaßten Beschluß des Kongresses

entsprechen und für die einheitliche Organisation aller deutschen Krankenkassen wirken werden.

Die Herren Delegierten bitten wir, dafür Sorge zu tragen, daß das Protokoll des letzten Kongresses die weiteste Verbreitung findet.
Berlin, im April 1903.

Die Zentral-Kommission
der Krankenkassen Deutschlands.

J. A.: E. Simanowski,
Engel-Ufer 15, III, Zimmer 37.

— **Deutscher Arbeiter-Abstinenz-Bund** (Sitz Berlin). Laut Beschluß der Konferenz der abstinenz Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, die am 13. und 14. April d. J. in Bremen tagte, haben sich sämtliche Arbeiter-Abstinenz-Vereine Deutschlands zu einer Zentralorganisation zusammengeschlossen, welche obigen Namen führt. Die Arbeiter-Abstinenz hoffen durch diese Organisation eine nachhaltigere Propaganda gegen den Volksfeind Alkohol inmitten der klassenbewußten Arbeiterschaft führen zu können. — Alle den Bund betreffenden Anfragen sind zu richten an den Vorsitzenden W. Miethke, Berlin N.W. 87, Poststraße 14. Alle Geldsendungen wolle man an den Kassier W. Giehm, Berlin S.O. 33, Wrangelstraße 46, adressieren.

— **Wirtschaftliche Rundschau.** Die Produktion behält im Ganzen ihren aufsteigenden Gang weiter bei, und auch das Preisniveau beginnt mehr ein günstigeres Aussehen zu gewinnen.

So stand nach dem Vorstandsbericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats die Förderung im ersten Quartal 1903 (12 748 895 t) um 11,01 pSt. über dem ersten Vierteljahr 1902. In ganz Deutschland betrug nach den amtlichen Angaben (im ersten Quartal) die Produktion

	1903	1902
Steinkohlen	28 800 905 t	25 080 178 t
Braunkohlen	11 140 143 t	10 205 895 t
Koks	2 688 886 t	2 099 489 t
Bricketts- und Raupresskohlen	2 475 839 t	2 040 812 t

Die Vermehrung ist demnach eine ganz beträchtliche. Andererseits ist freilich die Produktionsfähigkeit der Gruben durch Erweiterungsbauten und Neuanlagen in ganz enormem Maße gewachsen; doch immerhin betrug im rheinisch-westfälischen Syndikatsgebiet die „Winderförderung“ in diesem Jahre nur 16,46 pSt. gegen 21,13 pSt. in den gleichen drei Monaten 1902. Dagegen hat die Ausfuhr noch niemals zuvor eine ähnliche Höhe erreicht. Die „Monatlichen Nachrichten über den auswärtigen Handel“ zeigen für Januar bis März bei Nr. 86 des Zolltarifs (Steinkohlen, Braunkohlen, Koks, Torf, Torfstohlen) folgenden Export:

	1903	1902	1901
1903	5 288 709 t	—	—
1902	4 128 195 t	1 105 514 t	—
1901	4 828 141 t	605 568 t	—

Von überwiegendem Einfluß ist dabei die Steinkohle, hinter der erst in denkbar weitestem Abstand die Kokaufuhr folgt, während die Braunkohle so gut wie garnicht exportiert, dagegen aus Böhmen, Oesterreich stark importiert wird. Es seien daher noch die Einzelziffern des Steinkohlexports für Januar-März mitgeteilt. Es betrug (in Doppelzentnern, 10 dz = 1 t) die Ausfuhr

	1903	1902	1901
insgesamt	43 853 861	35 086 824	36 281 288
nach Freih. Hamburg	1544 626	1728 789	1778 882
Bremerh.	—	—	—
„ Oesterr.	720 255	570 059	626 610
„ Belgien	6011 605	5081 937	8574 211
„ Dänemark	305 465	178 722	83 529
„ Frankreich	8218 502	1814 256	1684 117
„ Großbritannien	57 416	58 694	77 498
„ Italien	135 605	78 764	85 251
„ Niederlande	12389 796	8626 787	8336 881
„ Norwegen	4649	14 703	16 110
„ Oesterr.-Ung.	14814 582	18041 858	14947 318
„ Rumänien	8481	85 530	100 088
„ Rußland	1654 948	1278 756	2415 608
„ Finnland	16 986	15 800	17 054
„ Schweden	45 844	40 149	15 806
„ Schweiz	2848 242	2495 857	2514 502
„ Siam	—	17 705	1450
„ Verein. Staaten von Amerika	1506	—	—

Belgien, Holland und Frankreich waren also die Hauptausnahmeregionen, sodaß auch hier wieder die günstigere Stellung des Westens gegenüber den schlesischen Revieren zutage tritt. Die oberschlesischen Kokereten z. B. sind ausschließlich auf die Eisenindustrie in Oberschlesien selber und dann in Oesterreich-Ungarn und Rußisch-Polen angewiesen; andere Märkte vermögen sie nicht zu erreichen.

Im Verein deutscher Eisenhüttenleute schilberte Herr Lung-Oberhausen die Aussichten der Eisenproduktion gleichfalls als wesentlich verbesserte; man zehre nicht mehr so vorwiegend von der Ausfuhr sondern gerade der heimische Bedarf habe sich seit Beginn des neuen Jahres ansehnlich gehoben. Er kündigte auch die Gründung eines deutschen Stahlwerksverbandes und eine Besserstellung der Fertigfabrikationszweige an. Bemerkenswert war dabei noch das Urtheil des Herrn Macco-Siegen über das künftige Verhältnis zu Amerika: Da der Besitz der Gruben und der Eisenwerke durch die Bildung der „United States Steel-Corporation“ größtentheils in einer Hand liege und diese große Gesellschaft für unabsehbare Zeit die Macht habe, den inländischen Markt zu beherrschen, so sei nicht zu erwarten, daß sie in den nächsten Jahren die Preise wesentlich herabsetze und dadurch für das Ausland gefährlich werde. Man müsse allerdings damit rechnen, daß die ungeheuren Kapitalien, die in diese Gesellschaft gesteckt sind, kurzer Hand reduziert werden können. Geschehe dies, so könne die Konkurrenz des Stahltruffs für das Ausland akut werden, da bei geringeren Kapitalien und den offenbar geringen Selbstkosten der Markt durch den Stahltruff schwer erschüttert werden könne. — Der Truff nutzt also nach Herrn Macco bis zu einem gewissen Grade der ausländischen Konkurrenz. Wenn jedoch von kartellgegnertlicher Seite und mit Bezug auf deutsche Verhältnisse ähnliche Nachteile betont werden, so soll mit einem Male das Gegenteil richtig sein.

Bedeutung werden natürlich für die Eisengewerbe auch in der nächsten Zeit die Bestellungen der Staatsbahnen sein. Für Preußen-Posen und die Reichslande schreibt hierüber die offiziöse „Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen“: Als Bedarf der Staatsbahnen für das Etatsjahr 1903 (1. April 1903 bis Ende März 1904) sind im Herbst vorigen Jahres auf Grund des Abkommens mit den vereinigten Schienen- und Schwellenwalzwerken (vom August 1902) zum Grundpreise von 116 Mk. für 1 t Schienen und von 108 Mk. für 1 t eiserne Schwellen zunächst 240 800 t Schienen und 114 900 t eiserne Schwellen bestellt worden. Zur Beschleunigung des Einbaues von starkem Oberbau (Form 8 und 9) auf den mit durchgehendem Schnellzugverkehr am meisten belasteten preussisch-hessischen Eisenbahnlinien, wofür unter den einmältigen und außerordentlichen Ausgaben des Eisenbahnetats für 1903 zum ersten Male 15 000 000 Mk. ausgebracht sind, wurde im vergangenen Winter die Nachbestellung 82 400 t Schienen und 17 500 t Eisenschwellen erforderlich. Weitere 4000 t solcher Schwellen sind zur Ergänzung des ordentlichen Bedarfs für 1903 noch kürzlich nachbestellt worden. Für diesen Restbedarf sowie für den bis zum 31. März 1904 weiterhin zu erwartenden Bedarf der preussischen und hessischen Staatseisenbahnen, der Reichseisenbahnen und der königlichen Militärseebahn an Schienen und eisernen Schwellen wurde im Wege des Nachtragsvertrages mit den vereinigten Walzwerken der Grundpreis der Schienen auf 112 Mk. und der eisernen Schwellen auf 105 Mk. für 1 t festgesetzt. Einem oberschlesischen Walzwerke wurden auf Grund eines Sonderangebots unter Zustimmung des mitbetheiligten Syndikatswerkes weitere 1000 t eiserne Schwellen für den beschleunigten Gleisumbau auf Schnellzugstrecken zu dem Ausnahmepreise von 100 Mk. für 1 t in diesem Frühjahr freihändig in Auftrag gegeben. Damit stellt sich für das Rechnungsjahr 1903 der von den vereinigten Werken zum größten Theil bereits gedeckte Gesamtbedarf der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft auf rund 265 800 t Schienen und 137 000 t eiserne Schwellen. Am den Walzwerken eine thunlichst stetige Beschäftigung und den belheiligten Verwaltungen die rechtzeitige Lieferung zu sichern, wird der für das Etatsjahr 1904 zu erwartende ordentliche Bedarf der preussisch-hessischen Staatseisenbahnen bis zu 227 000 t Schienen und 113 000 t eisernen Schwellen bei der Syndikatsleitung zur Verteilung auf die einzelnen Walzwerke schon jetzt in Auftrag gegeben werden.

Wir haben schon wiederholt zugestanden, daß die Verstärkung und Beschleunigung der staatlichen (und kommunalen) Aufträge in Krisenzeiten durchaus gerechtfertigt. Nur ist für die Arbeit erst recht zu verlangen, was man dem Kapital in zarter Fürsorge ohne weiteres zugesteht. Anerkennung der Organisationspreise, das heißt, der gewerkschaftlichen Lohnsätze, und Sorge für „thunlichst stetige Beschäftigung.“ Hier haben wir aber wohl oft von Entlassung und Lohndruck gehört, jedoch niemals davon, daß man die Zustimmung der Organisation

für ausnahmsweise niedrige Lohn-Sonderabkommen einholt.

Auf vielen Seiten ist man auch auf die Haltung des Staates in der Kartell- und Syndikatsfrage gespannt. Hier wirken einerseits die Beteiligungsansprüche der jüngeren Werke wie Sprengpulver, da die sogenannten Werke erklären, sie könnten von ihrem Quantum nicht das mindeste mehr abgeben, ohne ihre Betriebe zur Unrentabilität herabstufen zu lassen. Andererseits fürchtet man die Ausbreitung des englischen und amerikanischen Kapitals in dieser Sphäre und damit eine Erschütterung des deutschen Monopols. Obwohl der gegenwärtige Syndikatsvertrag noch bis Mitte 1905 gilt, hat überraschender Weise der Fokus als Hauptinteressent für den 9. Mai zu einer Berathung über die Verlängerung des Syndikats eingeladen.

Am 22. April hat in Berlin auch die endgültige Konstituierung der „Aktiengesellschaft Friedrich Krupp“ stattgefunden, und zwar mit einem Aktienkapital von 160 Millionen Mark. Es sollen jedoch gegenwärtig gar keine Aktienmittel ausgegeben werden, sodaß es sich nur um eine Neuordnung der Geschäftsführung und um eine Familiengründung im strengsten Sinne handelt. Da man die in die Aktiengesellschaft eingeworfenen Fabriken in Essen, das Grusonwerk, die Germantowerwerk u. s. f. mit 159 996 000 Mk. bewertete, so sind nur — um gewisse gesetzliche Formalitäten erfüllen zu können — 4000 Mk. baar einzuzahlen, obwohl der Wert der Anlagen sich noch beträchtlich höher stellt, so rückt das Unternehmen dennoch, unter Vorangang allein der Deutschen Bank, hinsichtlich der Höhe des Kapitals an die Spitze der deutschen Aktiengesellschaften.

Mit amerikanischen Riesentruffs vermag es allerdings keinen Vergleich auszuhalten. Der Stahltruff hat nach seiner kürzlich veröffentlichten ersten Jahresbilanz ein Anlagekapital von 1390 Millionen Dollars oder 6800 Millionen Mark, wovon 1018 Millionen Dollars auf Stamm- und Prioritätsaktien und 872 Millionen Dollars auf Obligationen- und Hypothekenschulden entfallen. Demgegenüber sind die Unternehmungen des Truff, welche aus Fabrikanlagen, Kohlen- und Kokswerken, Eisenerzlagern, Eisenbahnen und Dampfschiffen bestehen, mit 1881 Millionen Dollars eingestellt. Die Durchschnittszahl der Angestellten belief sich 1902 auf 168 600 Personen. Herr Morgan an der Spitze ist also noch ein König ganz anderer Art wie der verstorbene Kanonenkrupp.

Berlin, 4. Mai 1903.

Max Schippel.

Versammlungsberichte etc.

Meißen. In der Versammlung vom 2. Mai wurde nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten der Artikel über Meißen in Nr. 17 der „A.“ diskutiert. Die Gen. Richter und Burthard waren nicht in der Versammlung erschienen, obwohl der erstere sich in Kollegenkreisen auf das Festigste über die vermeintlichen Angriffe auf seine Person beschwert hatte. Daß er trotzdem in der Versammlung nicht erschienen war, läßt vermuthen, daß er eben doch wenig zur Abschwächung der gemachten Angaben zu thun in der Lage war. Der ebenfalls in dem Artikel aufgeführte Kollege Heine war in der Versammlung erschienen und nachdem er in der heftigsten und manchmal nicht mehr parlamentarischen Weise gegen die betr. Artikel losgezogen war, bestritt er, gesagt zu haben, „daß er in der Steingutfabrik „Sörenwitz gesehen“ etc., er will gesagt haben: „man hätte“ etc. Es kann zugegeben werden, daß in der betreffenden Versammlung dies überhört oder falsch verstanden worden ist. Jedoch ändert das nichts an der Thatsache, daß er eben ein strikter Gegner davon war, den Versuch zu machen, unsere Arbeitsverhältnisse durch ein geschlossenes Vorgehen zu verbessern. Und das ist bedauerlich, angesichts eben dieser Verhältnisse. Wir wollen wünschen, daß nunmehr alle und auch die angeführten Kollegen sich der Nothwendigkeit bewußt werden, unter allen Umständen jene Kollegialität und Solidartät zu wahren, die vorhanden sein muß, wenn wir unsere Berufsinteressen wirksam wahren wollen.

Adin-Chrenfeld. Am Sonnabend, den 25. 4. d. J. feierte die hiesige Zahlstelle ihr 4. Stiftungsfest, bestehend in Konzert und Ball. Obwohl sich das Komitee resp. die Verwaltung die größte Mühe gegeben, das Fest zu einem schönen zu gestalten (was ihnen auch gelungen ist), so hatten doch sehr viele Kollegen es für gut befunden, nicht zu erscheinen. Die Ursache mag wohl darin zu suchen sein, daß viele Kollegen weit ab wohnen, bei einem ziemlich großen Theil ist aber ein Stück Künstlerstolz vorhanden, der angesichts der jetzigen Verhältnisse durchaus nicht am Platze ist. Sollen doch derartige Feste gerade dazu dienen, die Anschauungen und Ideen der Einzelnen einander näher zu bringen und dabei

einmal ein paar fröhliche und gemütliche Stunden in kollegialer Weise zu verleben, wie unser Vorsitzende, Kollege Berg, in seiner Begrüßungsansprache betonte. Unter dem größten Beifall der Festteilnehmer wurden die einzelnen Nummern des Programms erledigt, wobei die Leistungen des Soloquartetts und die Einzelvorträge des Kollegen Jünder-Dorn besonders hervorgehoben zu werden verdienen. Alles in Allem zeigt der Verlauf dieses Festes, daß sich die Zahlstelle Ehrenfeld auf dem richtigen Wege befindet, und es ist zu wünschen, daß sie in dem gewerkschaftlichen Kampfe stets ihren Platz ausfüllt, was hier im Rheinlande und besonders seiner Metropole Köln, das deutsche Rom, von Bedeutung ist. Schreiber dieses hofft, daß sich die Kollegen in der jetzigen Zeit ihrer Pflichten voll und ganz bewusst werden, daß auch sie ihre ganze Kraft mit einsetzen, um in dem Kampfe, welcher in nächster Zeit ausgefochten werden soll, als Sieger hervorzugehen; denn auch wir Porzellaner haben ein reges Interesse daran, wie sich die Verhältnisse für die Zukunft gestalten sollen; deshalb wünsche ich, daß diese Zeiten beherzt werden und ein Ansporn sind für die schweren Arbeiten, welche uns noch bevorstehen. Alle, die uns noch fernstehen, müssen zu uns herübergezogen werden, damit die Devise: „Einigkeit macht stark“, zur Wahrheit wird. G. Sch.

Hernsdorf. Bei recht zahlreichem Besuch feierte die Zahlstelle am vorigen Sonntag ihr Stiftungsfest. Wenn auch nicht alle Mitglieder daran teilnahmen, konnte man aber immerhin mit dem Besuch zufrieden sein. Während die erschienenen „Freien Räder“ uns durch ein Neigenfahren erfreuten, hob auch der Gesangverein „Harmonia“ die Stimmung der Teilnehmer, indem er einige Lieder in recht prächtiger Weise zum Vortrag brachte. Hoffen wir, daß das Fest dazu beiträgt, daß nach und nach wieder ein besseres Zusammenhalten bei den Mitgliedern eintritt.

Literarisches.

— Eine neue Wahl-Flugschrift ist von dem Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Vor kurzem ist ein Arbeiter-Katechismus erschienen, der von zwei hervorragend bekannten Jesuiten herausgegeben ist. Er ist für christliche Arbeiter bestimmt und erläutert in Fragen und Antworten die Rechte und namentlich die Pflichten des Arbeiters in Staat und Gesellschaft vom Standpunkt des Zentrums. Gegen die in diesem Schriftchen enthaltenen Anschauungen über Rechte und Pflichten des Arbeiters und gegen die in den Antworten enthaltenen Verdrehungen und und Verleumdungen der sozialdemokratischen Partei wendet sich der Verfasser in der vorliegenden Broschüre, der er den Titel „Christliche Arbeiterpflichten, Jesuitische Fragen und sozialdemokratische Antworten“ gegeben hat. In Frage und Antwort hat der Verfasser auch seine Widerlegung geliefert. In den einzelnen Abschnitten: Das Ziel des Arbeiters — Von der Religion — Von der Familie des Arbeiters — Arbeiter und Arbeitgeber — Von Arbeitervereinen — Der Arbeiter als Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft sind die jesuitischen Fragen und die Antworten des Zentrums vom sozialdemokratischen Standpunkt aus in allgemein verständlicher Weise beleuchtet. Die Schrift wird sich in katholischen Kreisen vorzüglich zur Wahlagitator eignen. Der Einzelpreis beträgt 20 Pfg. (Porto 3 Pfg.); die zur Agitation bestimmte Ausgabe, die nur an Wahl-Comités, Wahlvereine, Vertrauenspersonen etc., nicht aber an Buchhändler oder Kolporteurs geliefert wird, kostet: 500 Exemplare 20 Mk., 1000 Exemplare 30 Mk., 5000 Exemplare 125 Mk.

— Von der illustrierten Romanbibliothek „In freien Stunden“ liegen die Hefte 19 u. 20 des neuen Jahrgangs vor. „Der Goldmensch“, ein vollstimmiger Roman des ungarischen Dichters M. Jókai, erscheint als Hauptroman. Neben diesem gelangt die schlaue hauptsächlich die Jugend fesselnde Erzählung der beiden beliebten Schriftsteller Grämann-Chairian: „Frau Therese“ zum Abdruck.

Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Pfg. Bestellungen nimmt jeder Kolporteur, sowie die Expeditionen der Parteipresse und die Post (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3856) entgegen. Wir können unseren Lesern das Abonnement empfehlen. Beim Quartalswechsel sollten die Postabnehmer die Erneuerung des Abonnements nicht versäumen.

Adressen-Nachtrag.

Munaburg. Kass.: Otto Böhm, Holzborferstraße.
Goldig. Vors.: Alfred Andrich, Dreher, Zollmitz bei Goldig.
Duisburg. Kassierer A. G. Hütten wohnt Oberhausen, Vohstr. 88.

Fraureuth. Revisor: Conrad Köbrig, Dreher.

Freienoria. Schriftf.: Otto Günther, Maler, Naschhausen.

Elgersburg. Kass.: Karl Hoffmann II, Maler, Blumenauerstr.

Ilmenau. Kass. Albert Krämer wohnt vom 1. Mai ab Wörtstraße 4.

Oberhausen. Revis. Hermann Jansen, Dreher, Allee 124.

Spandau. Vors.: Otto Busse, Götelfstraße 76a. Revis.: Bruno Bauer, Scharfe Bank 1.

Unterhans. Vors. und Vertrauensmann: Oskar Baumann, Maler, Heinrichstr. 28.

Wilstadt. Kass.: Wilh. Rauch, Maler.

Sterbetafel.

Großbreitenbach. Rich. Geber, Vieher, geb. am 26. April 1884 zu Gillerdorf, gest. am 4. Mai 1908 durch Ertrinken. Verbandsmitglied.

Lirschreuth. Alois Körner, Dreher, geb. am 21. April 1858 in Biskowitz in Böhmen, gest. am 4. Mai 1908 an der Porzellinerkrankheit. Krank 2 Jahre. Mitglied des Verbandes.

Vegefac. Johanne Hering, Arbeiterin, geb. am 1. Mai 1872 zu Bavelau, gest. am 1. Mai 1908 zu Grohn-Begefac an Kopfkrankheit. Krank 2 Tage.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungskalender.

Berlin-Moabit. Montag, 18. Mai, Abends 8 Uhr bei Pfarr, Putzstr. 10. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Berlin II. Sonnabend, den 16. Mai, Abends 8 1/2 Uhr bei Bollschläger, Albalbertstr. 21. Geschäftliches. Bericht des Delegierten zur Konferenz in Weiswasser. Verschiedenes.

Blauenhain. Sonnabend, 16. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Bonn-Poppelsdorf. Sonntag, d. 17. Mai, Vormittags 9 Uhr bei Fahender, Kasernenstr. 16. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Budau. Sonnabend 16. Mai, Abends 6 Uhr bei Westphal, Dorotheenstr. 14.

Burggrub. Montag, 18. Mai, Abends im Vereinslokal.

Frankfurt a. D. Sonnabend, den 16. Mai in Bogula's Restaurant, Nichtstraße.

Freienoria. Sonnabend, 16. Mai, Abends 8 Uhr im Saalthal, Naschhausen.

Gräfenhain. Sonntag, 24. Mai, Nachm. 4 Uhr im Schießhaus.

Hausen. Sonntag, 17. Mai, Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal zu Unnersdorf. Beitragszahlen und Verschiedenes.

Halla. Sonnabend, den 16. Mai, Abends 8 Uhr im Rosengarten. Erscheinen Aller ist Pflicht.

Köln-Ehrenfeld. Die in voriger Nummer angezeigte Versammlung findet nicht Montag, den 11. Mai, sondern Montag, den 18. Mai statt und zwar im neuen Vereinslokal „Mausbach“, Schaafenstr. 4/6, Abends 8 1/2 Uhr.

Oberhausen. Sonnabend, 16. Mai, Abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Krüner.

Pöschappel. Sonnabend, 16. Mai, Abends 8 Uhr, Jahlabend bei Hempel. Nach Erledigung der Geschäfte „gemütliches Beisammensein.“ Die Kollegen werden ersucht zur Würdigung sowohl des ernstern als heiteren Theiles, sämmtlich und pünktlich zu erscheinen.

Schmiedefeld. Sonntag, 17. Mai, Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Goldschmiedere

sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu hohen Preisen
Otto Hamann, Neustadt i. S.

So schnell  **Werd ich bei jedem sein,**
GOLD u. alle Abfälle
 schickt zu **Hammermüller**
 Reelle Bed. Nieder-Planitz i. S. Zwiskauer Str. 86
 H.H. Bed.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Napfe u. s. w. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt
H. Haupt, Dresden-A.
 Hammerstr. 12.

Goldschmiedere, goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung.
Oskar Rottmann, Stadtilm, Th.

Alle goldhaltigen Sachen

 **Goldschmiedere kauft**
 Reelle schnelle Bed. **Otto Seiferl, Zwickau's Osterw. a. S.**

Prima Stahlblech, schwach, 4 1/2 Zentimeter breit, pro Meter 90 Pf. stark, 6 Zentimeter breit, pro Meter 1 Mk., versendet unter Nachnahme
Paul Kästig, Annaburg, Bez. Halle.

9. Agitationsbezirk (Vorort Ilmenau). Sonntag, den 17. Mai, Nachmittags 2 1/2 Uhr findet im Restaurant „Zum Erbprinzen“ in Ilmenau eine

Vertrauensmännerkonferenz statt. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Wie agitieren wir zukünftig? 3. Verschiedenes.
 Die Vertrauensmänner der Orte Gera, Elgersburg, Langewiesen, Martinroda, Roda, Mansbach, Schmiedefeld, Stadtilm, Stühlerbach und Unterpösch sind hiermit eingeladen. Ebenso sind auch die Mitglieder der Zahlstelle Martinroda eingeladen.
 Die Agitationskommission.
 S. V.: Emil Hoffmann.

Kolmar i. P. Laut Versammlungsbeschluss findet am Sonntag, den 17. Mai eine

Maifeier bestehend in einem **allgemeinen Ausflug** statt. Treffpunkt früh 1/5 Uhr bei Carl Berch.
 Die Verwaltung.

Arbeitsmarkt.
Tüchtiger Former für feinere Figuren und Büsten, der auch im Stehen und Platterleformen bewandert ist, sucht sofort Stellung. Gesl. Offerten unter **N. N. 111** an die Red. d. Bl. erbeten.

Junger Modelleur, tüchtig im Entwerfen und Ausführen von Gegenständen (Thüringer) sucht Stellung in einer Porzellan- oder Terrakottofabrik. Offerten unter **N. G.** an die Red. d. Bl.

Wegen des Himmelfahrtstages kann die nächste Nr. der „N.“ (Nr. 21) erst am Freitag den 22. Mai expediert werden.
R. Fahn.

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: **Richard Fahn, Charlottenburg, Rosenthalstr. 8.** Druck u. Verlag: **Dito Gorte, Charlottenburg, Wallstr. 69.**